

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

## Inhalt

Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau	1
Wohlfahrtssurvey 1998	2
Gesundheitsbericht für Deutschland Eine Buchbesprechung	6
Monitoring Multicultural Societies - A Siena Group Report Eine Buchbesprechung	7
Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration?	8
Steigende Bedeutung der Familie nicht nur in der Politik	12
Neues aus dem Internet	15
Call for Papers: 10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?	16

## Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau

- Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998 -

*In den Jahren seit der Wiedervereinigung haben sich die objektiven Lebensbedingungen der Bürger in den neuen Bundesländern grundlegend verändert und für die Mehrheit der Ostdeutschen trotz aller Schwierigkeiten, Friktionen und der noch verbleibenden Probleme - insbesondere der nach wie vor unzulänglichen Arbeitsmarktverhältnisse - verbessert. Der Abstand zu Westdeutschland und das zu Beginn des Transformationsprozesses drastische Wohlstandsgefälle haben sich seither deutlich verringert, ohne daß allerdings in jedem Falle das Niveau der alten Bundesländer schon erreicht worden ist. Trotz aller Modernisierungserfolge und Verbesserungen der Lebensverhältnisse war das gesellschaftliche Klima in Deutschland in den zurückliegenden Jahren vielfach von Spannungen, Unzufriedenheit, Besorgnissen und gegenseitigen Ressentiments der Deutschen in Ost und West geprägt. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die subjektiven Aspekte der Lebensqualität und untersucht anhand ausgewählter Indikatoren, wie die Bürger die Entwicklung der vergangenen Jahre bewerten, welche Prioritäten sie setzen, wie zufrieden oder unzufrieden sie mit ihren Lebensverhältnissen sind, welche Erwartungen und Ansprüche sie haben und wie sie der Zukunft entgegensehen.*

### Positive Bilanz der Entwicklung der Lebensbedingungen

Die Bilanz der Bürger in den neuen Bundesländern ist nach den Daten der Wohlfahrtssurveys alles in allem positiv. Auf die Frage „Haben sich Ihre Lebensbedingungen seit 1990 eher verbessert, eher verschlechtert oder ist da kein großer Unterschied?“ erklärten 1993 48

Prozent der ostdeutschen Befragten, daß sich ihre Lebensbedingungen seit 1990 insgesamt verbessert haben. Dieser Anteil beläuft sich im Jahre 1998 auf 59 Prozent und hat damit deutlich zugenommen (Tabelle 1). Der Bevölkerungsanteil, der eine Verschlechterung wahrnimmt, ist von 23 auf 16 Prozent zurückgegangen, und ein Viertel sieht keinen Unterschied. Die Mehrzahl der Westdeutschen be-

**Tabelle 1: Beurteilung der Entwicklung der Lebensbedingungen seit 1990**

	1993	1998
	in %	
Lebensbedingungen haben sich seit 1990		
Westdeutschland		
verbessert	10	20
verschlechtert	31	21
kein Unterschied	59	59
Ostdeutschland		
verbessert	48	59
verschlechtert	23	16
kein Unterschied	29	25

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

# Wohlfahrtssurvey 1998

Die vorliegende Ausgabe 22 des Informationsdienstes Soziale Indikatoren berichtet in drei Beiträgen über Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998. Der bisher siebte Wohlfahrtssurvey wurde im Herbst 1998 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Gemeinschaftsprojekts der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren durchgeführt. Das Projekt „Wohlfahrtssurvey 1998: Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich“ wurde von Wolfgang Zapf, Heinz-Herbert Noll und Roland Habich beantragt. Der Wohlfahrtssurvey ist eine speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität - in ihren objektiven und subjektiven Komponenten - konzipierte Repräsentativbefragung und gehört zu den wichtigsten Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland.

Der Wohlfahrtssurvey 1998 hat einen Stichprobenumfang von 3042 Befragten, davon 2007 in Westdeutschland und 1035 in Ostdeutschland. Um Ost-West-Vergleiche zu erleichtern, wurde die Stichprobe erneut disproportional angelegt. Die Befragung wurde wieder von Infratest Sozialforschung und Infratest Burke Berlin - erstmals in der Form von CAPI-Interviews - durchgeführt. Wohlfahrtssurveys waren zuvor bereits in den Jahren 1978, 1980, 1984, 1988 und 1993 durchgeführt worden. Im Rahmen einer Baseline-Studie wurde 1990 - unmittelbar nach der staatlichen Vereinigung - zudem ein auf die neuen Bundesländer beschränkter Wohlfahrtssurvey erhoben. Die Wohlfahrtssurveys bieten damit eine Datenbasis, die detaillierte Analysen der Wohlfahrtsentwicklung, der Wohlfahrtsdisparitäten sowie der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland über einen nun bereits beachtlichen Zeitraum von 20 Jahren für die alten Bundesländer und 8 Jahren für die neuen Bundesländer erlauben. Die Daten der Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1993 stehen über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln (<http://www.za.uni-koeln.de/>) - auch als kumulierter Datensatz - für Sekundäranalysen zur Verfügung.

Mit der Entwicklung eines speziell für internationale Wohlfahrtsvergleiche geeigneten Befragungsinstruments - dem sogenannten EURO-MODUL - wurde im Rahmen des aktuellen Wohlfahrtssurveys-Projekts und in Zusammenarbeit mit Partnern aus insgesamt 18 europäischen Ländern nun auch die Grundlage für eine europäische Wohlfahrtsmessung und Lebensqualitätsforschung geschaffen.

Heinz-Herbert Noll

trachten ihre Lebensbedingungen 1998 genauso wie 1993 als unverändert. Der doch erstaunlich hohe Anteil von 31 Prozent, die 1993 eine Verschlechterung wahrgenommen hatten, ist 1998 auf 21 Prozent gesunken, und der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung sehen, ist von 10 auf 20 Prozent gestiegen. Die westdeutschen Bürger schätzen die Entwicklung ihrer Lebensbedingungen damit 1998 wieder freundlicher ein als das 1993 der Fall war.

## Wichtigkeit von Lebensbereichen nach wie vor unterschiedlich

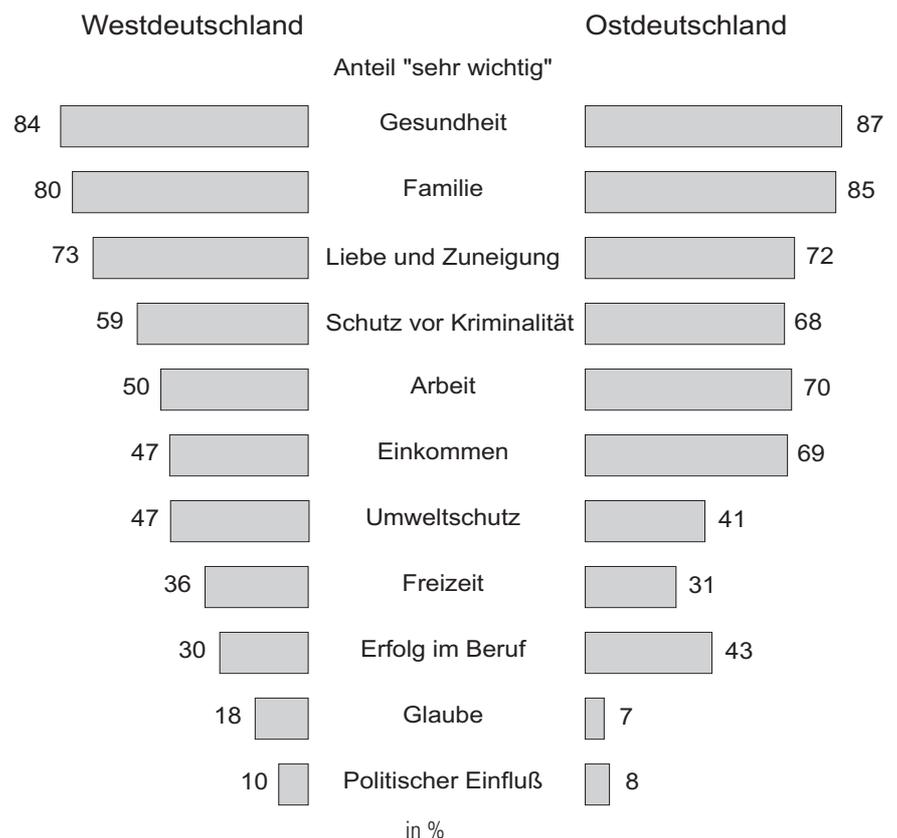
In der Frage, was den Menschen für ihr Wohlbefinden mehr oder weniger wichtig ist, setzen Ost- und Westdeutsche weiterhin teilweise unterschiedliche Prioritäten (vgl. Graphik 1). Dabei spielen die für einen großen Teil der Bevölkerung nach wie vor andersartigen Problemlagen und das fortbestehende Wohlstandsgefälle, aber auch - z.B. durch differentielle Erfahrungen bedingte - grundsätzlichere Unterschiede in den generellen Wertorientierungen eine Rolle. Die größere Bedeutung, die der Arbeit und beruflichem Erfolg, dem Einkommen und dem Schutz vor Kriminalität von der ostdeutschen Bevölkerung zugeschrieben wird und die geringere Priorität, die der Umweltschutz und die Freizeit im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung genießen, sind Anzeichen dafür, daß in den neuen Bundesländern materialistische und Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den postmaterialistischen Bedürfnissen weiterhin klar im Vordergrund stehen. Ge-

meinsam ist den Deutschen in Ost und West, daß sie den persönlichen Aspekten des Lebens - Gesundheit, Familie, Liebe und Zuneigung - die größte Bedeutung für ihr Wohlbefinden beimessen. Daß der Glaube - auch in Westdeutschland lediglich von 18 Prozent als sehr wichtig erachtet - in Ostdeutschland von einem noch wesentlich kleineren Bevölkerungsanteil als ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden angesehen wird, kann angesichts der vergleichsweise geringen Bedeutung von Kirche und Religion in den neuen Bundesländern wenig überraschen.

## Unterschiede in der Zufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen nehmen ab

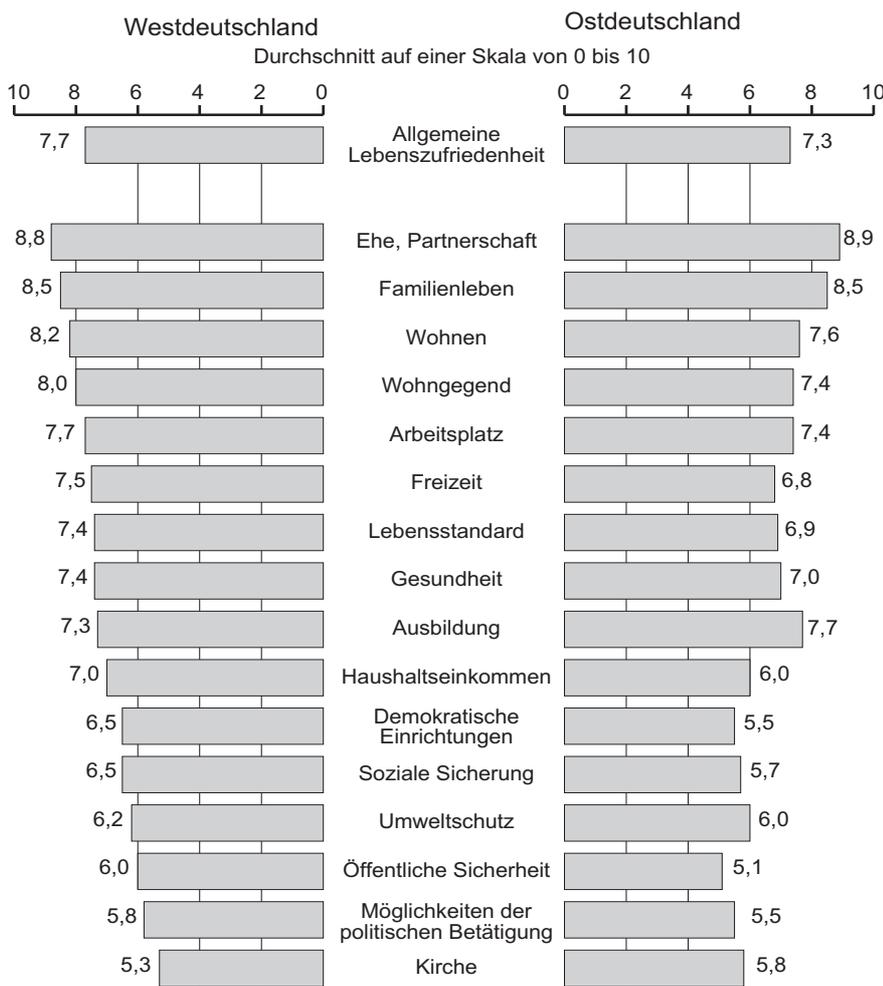
Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind bei einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse auch 1998 noch ausgeprägt, haben insgesamt aber deutlich abgenommen. Damit hat sich die Tendenz fortgesetzt, die auch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bereits zu beobachten war. Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala stufen sich die Ostdeutschen bei den insgesamt 17 Zufriedenheitswerten, die 1993 und 1998 er-

Graphik 1: Was ist wichtig für das Wohlbefinden?



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

**Graphik 2: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit**



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

hoben wurden, 1998 im Durchschnitt nur noch um 0,4 Skalenpunkte niedriger ein als die Westdeutschen. 1993 hatte diese Differenz noch 0,8 Skalenpunkte betragen. Die durchschnittlichen Zufriedenheitsunterschiede haben sich damit in den vergangenen fünf Jahren halbiert.

Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im einzelnen (Graphik 2), so zeigt sich in der Beurteilung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen sind die Bürger am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Bereichen, wie der Demokratie, der Sozialen Sicherung, dem Umweltschutz, der öffentlichen Sicherheit und der Kirche. Relativ zufriedener - gemessen an der Rangfolge - als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Ausbildung, dem Umweltschutz und der Kirche, weniger zufrieden insbesondere mit der öffentlichen Sicherheit und den demokratischen Einrichtungen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen

lediglich mit ihrer Ausbildung und der Kirche. Kaum oder nur noch geringe Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Bewertung von Ehe und Familie, dem Umweltschutz, dem Arbeitsplatz und den Möglichkeiten der politischen Betätigung. Am größten sind die Differenzen bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, den demokratischen Einrichtungen, der öffentlichen Sicherheit und der Sozialen Sicherung. Mit diesen Aspekten der Lebensbedingungen sind die ostdeutschen Bürger - wie auch schon zu den früheren Beobachtungszeitpunkten - jeweils deutlich weniger zufrieden als die westdeutschen. In der Lebenszufriedenheit - als einem summarischen Indikator für das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Lebensqualität - bestätigt sich dagegen die Tendenz zu einer Angleichung. Mit einem Wert von 7,3 liegt sie 1998 nur noch um 0,4 Skalenpunkte unter dem westdeutschen Niveau. 1993 hatte die Differenz noch einen gesamten Punkt auf der von 0 bis 10 reichenden Skala betragen.

**Subjektives Wohlbefinden der ostdeutschen Bevölkerung deutlich gestiegen**

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung mit einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Unzufrieden-

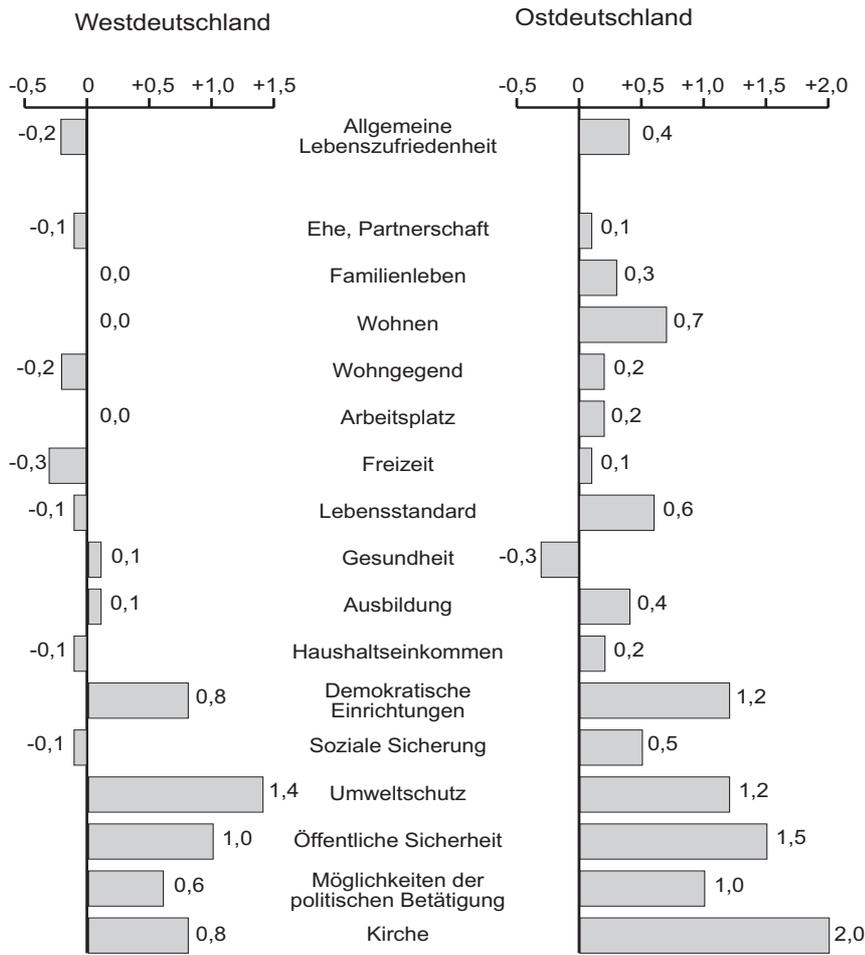
heit äußert und die Zufriedenheit vielfach noch unter dem westdeutschen Niveau bleibt, hat sich der bereits 1993 abzeichnende Aufwärtstrend in den neuen Bundesländern eindeutig fortgesetzt. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach der förmlichen Vereinigung zu beobachten war, ist nun schon seit 1993 praktisch nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1993 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit fast allen Lebensbereichen und einzelnen Dimensionen der Lebensbedingungen weiterhin zugenommen, in vielen Bereichen sogar in beachtlichem Umfang (Graphik 3). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und den demokratischen Einrichtungen. Ein geringfügiger Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993 ist lediglich für einen Bereich - die Gesundheit - zu beobachten.

Die Entwicklung in Westdeutschland unterscheidet sich davon weitgehend. Hier beobachten wir in den meisten Bereichen der Lebensverhältnisse eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993. Dort wo die Zufriedenheit zugenommen hat - das sind ausnahmslos öffentliche Bereiche wie Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, Kirche und demokratische Einrichtungen - ist die Zunahme in der Regel deutlich schwächer als in Ostdeutschland. Damit setzt sich der Trend einer tendenziell abnehmenden bzw. sich im Vergleich zu Ostdeutschland weniger günstig entwickelnden Zufriedenheit in Westdeutschland fort, der bereits 1993 zu beobachten war. Die sukzessive Angleichung der Zufriedenheitsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland ist daher nicht nur auf die positiven Entwicklungstendenzen des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland, sondern auch auf den nun bereits über einen längeren Zeitraum anhaltenden Rückgang des subjektiven Wohlbefindens in Westdeutschland zurückzuführen.

**Lebensbedingungen in Westdeutschland von Ostdeutschen idealisiert**

Aufschlußreich ist auch, wie die Befragten aus Ost- und Westdeutschland die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den jeweils anderen Landesteilen sowie im Vergleich dazu in ausgewählten europäischen Ländern beurteilen. Offensichtlich idealisieren die Ostdeutschen nach wie vor das Niveau der Lebensbedingungen in Westdeutschland - dem als Maßstab, an dem die eigenen Verhältnisse gemessen werden, immer noch eine besondere Bedeutung zukommt - mit einem Mittelwert von 8,2 auf der Skala von 0 bis 10, während die Westdeutschen sich selbst bei 7,7 einstufen (Graphik 4); allerdings sind die Diskrepanzen nicht mehr so gravierend wie 1993. Gleichzeitig bewerten die Westdeutschen - anders als 1993 - die ostdeutschen Lebensbedingungen mit einem Wert von 6,1 etwas besser als die Ostdeutschen selbst, die sich bei 5,9 einstufen. Für Ost- und Westdeutsche gilt damit glei-

**Graphik 3: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit - Veränderungen 1993 - 1998**



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

chermaßen, daß die Verhältnisse aus der Sicht der „anderen“ besser erscheinen als sie mit eigenen Augen gesehen werden.

In der vergleichenden Bewertung der Lebensverhältnisse von anderen europäischen Ländern überrascht, daß die Ostdeutschen ihre eigenen Lebensbedingungen (5,9) auf demselben Niveau sehen wie die der Italiener (5,9) und sogar etwas besser als die der Spanier (5,7) einschätzen. Der große Abstand zu Polen (3,6) und auch zu Ungarn (5,5) ist dagegen weniger erstaunlich. Bessere Lebensbedingungen als in Deutschland sehen die Deutschen in Ost und West unter den vorgegebenen Ländern nur in der Schweiz.

Ost- und westdeutsche Bürger stimmen mit einem Wert von 7,8 aber vollständig darüber überein, welches Lebensniveau ihnen „gerechterweise zustünde“ (Graphik 4). Bei identischen Anspruchsniveaus bleibt die Lücke zwischen Anspruch und Realität in Ostdeutschland mit 1,1 Skalenpunkten damit deutlich größer als in Westdeutschland mit 0,5 Skalenpunkten. Hier liegt zumindest einer der Gründe für das trotz ansteigender Tendenz nach wie vor niedrigere Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland.

**Kaum weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen erwartet**

Wie der Vergleich der jeweils aktuellen Einschätzungen über das Niveau der Lebensbe-

dingungen mit denen, die in fünf Jahren erwartet werden zeigt, rechnen Ostdeutsche und Westdeutsche übereinstimmend für die nähere Zukunft mit einer Stagnation bzw. nur noch schwachen Verbesserungen der Lebensbedingungen. In Westdeutschland werden die Bedingungen in fünf Jahren mit einem Skalenswert von 7,3 genauso bewertet wie die aktuelle Situation, in Ostdeutschland steigt der Wert geringfügig von 6,7 auf 6,8 (Graphik 4). Rückblickend sehen Ost- und Westdeutsche leichte Verbesserungen wenn die aktuelle Situation mit der vor fünf Jahren verglichen wird. Im Vergleich zu den Ergebnissen von 1993 stellt sich damit das Erwartungsklima in Westdeutschland freundlicher, in Ostdeutschland weniger optimistisch dar. 1993 hatten die Westdeutschen die zukünftigen Lebensbedingungen schlechter bewertet als die aktuellen, die Ostdeutschen dagegen deutlichere Verbesserungen erwartet. Es ist zu vermuten, daß sich in den Einschätzungen der ostdeutschen Bevölkerung vor allem die Erwartung einer zunehmenden „Normalisierung“ - d.h. im Vergleich zu den radikalen Umbrüchen der 90er Jahre Verlangsamung - des gesellschaftlichen Wandels in den neuen Bundesländern niederschlägt.

**Zukunftserwartungen nur bedingt optimistisch**

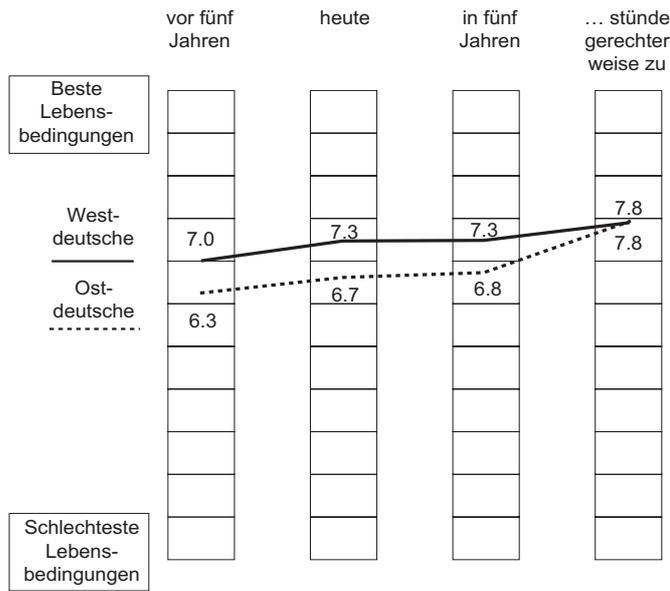
Ihre nähere Zukunft beurteilen die Deutschen in Ost und West - direkt danach befragt - überwiegend, wenn auch nicht uneingeschränkt, optimistisch. Wie 1993 sehen die Bürger in West- und Ostdeutschland ihrer allgemeinen persönlichen Zukunft in den nächsten zwei bis drei Jahren auch 1998 mehrheitlich mit Optimismus entgegen. Lediglich jeder vierte Ostdeutsche und nicht einmal jeder sechste Westdeutsche schätzt seine allgemeine persönliche Zukunft pessimistisch ein. Diese optimistische Grundhaltung dominiert in nahezu allen Bevölkerungsgruppen, lediglich in der Gruppe

**Tabelle 2: Zukunftsoptimismus bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen**

		Insgesamt		Erwerbstätige		Arbeitslose		Rentner	
		Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
"optimistisch" und "eher optimistisch" in %									
Einkommensentwicklung	1993	61	63	68	66	38	50	60	61
	1998	58	68	59	69	37	40	65	67
Arbeitsplatzsicherheit	1993	57	82	57	82	-	-	-	-
	1998	61	79	61	79	-	-	-	-
Kostenentwicklung für den Lebensunterhalt	1993	23	33	24	33	24	22	19	36
	1998	41	53	44	52	23	36	44	59
Umweltsituation am Wohnort	1993	65	59	64	59	64	57	68	62
	1998	78	78	78	79	76	76	81	79
Möglichkeiten, politischen Einfluß zu nehmen	1993	17	23	19	23	13	15	15	25
	1998	37	43	38	42	46	34	37	47
Möglichkeiten, beruflich weiter zu kommen	1993	44	54	55	60	32	46	-	-
	1998	47	58	48	58	30	27	-	-
Allgemeine persönliche Zukunft	1993	72	84	80	89	48	72	66	75
	1998	74	84	75	89	53	57	79	78

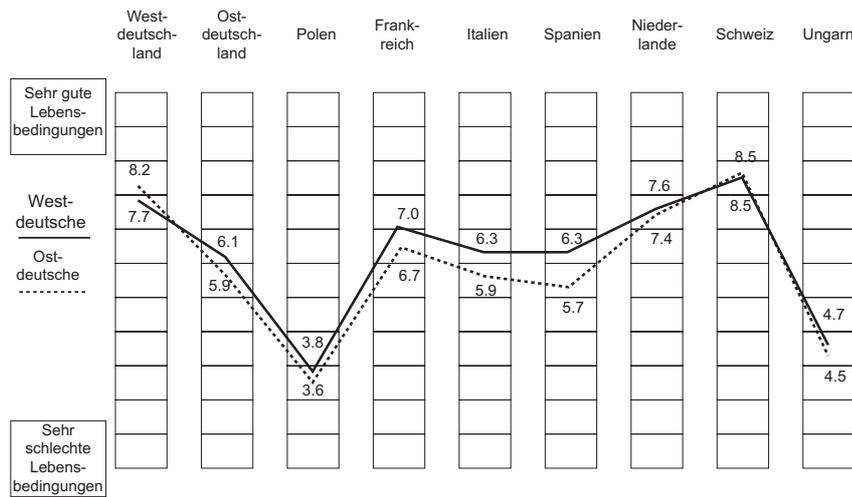
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

**Graphik 4: Die Bewertung der Lebensbedingungen im Vergleich**



**Große Unterschiede in Konfliktwahrnehmung und Beurteilungen der gesellschaftlichen Lebensqualität**

Daß sich die Ost-West-Unterschiede auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung noch keineswegs vollständig eingeebnet haben, dokumentiert sich auch darin, wie bestimmte Struktur- und Qualitätsmerkmale der Gesellschaft, die den Rahmen für die individuellen Lebensverhältnisse definieren, wahrgenommen und bewertet werden. Sehr ausgeprägte Unterschiede zeigen sich zum Beispiel in der Perzeption von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft (vgl. Graphik 5). Bei einem ähnlichen Muster in der Perzeption von Konflikten nehmen die ostdeutschen Bürger überwiegend mehr und stärkere Konflikte wahr als die westdeutschen. Gegenüber 1993 sind die Unterschiede sogar noch größer geworden, z.B. wenn es um die Konflikte zwischen Links und Rechts oder zwischen Arm und Reich geht. Häufiger als zwischen allen anderen Gruppen sehen Ost- und Westdeutsche gleichermaßen auch 1998 Konflikte zwischen Asylbewerbern und Deutschen, gefolgt von links und rechts stehenden Parteien. Der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen folgt nach der Häufigkeit der Nennungen erst an drittletzter Stelle und hat damit im Vergleich zu 1993 in der Perzeption der Bürger weiter an Bedeutung verloren.



Ausgeprägte Ost-West-Unterschiede sind auch in den Beurteilungen darüber festzustellen, in welchem Umfang die deutsche Gesellschaft ihren Bürgern bestimmte Aspekte der Lebensqualität in Form von Freiheiten, Chancen, Rechten und Sicherheiten bietet. Im Rahmen des Wohlfahrtssurveys 1998 wurden die Befragten erstmals danach befragt, inwieweit derartige institutionelle Aspekte der gesell-

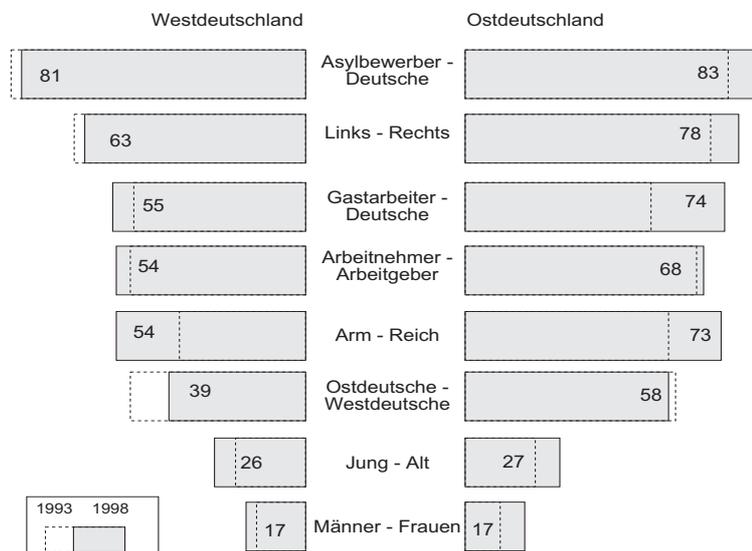
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

der Arbeitslosen sind Optimisten und Pessimisten etwa gleich stark vertreten.

Bei der Betrachtung einzelner Aspekte der zukünftigen Entwicklung ergibt sich ein differenzierteres Bild (vgl. Tabelle 2). Im Hinblick auf die Lebensbereiche Einkommensentwicklung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Lebenshaltungskosten, Politik und berufliche Karriere äußert die westdeutsche Bevölkerung mehr Optimismus als die ostdeutsche Bevölkerung. Am größten sind die Diskrepanzen im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In Ostdeutschland blickt die Bevölkerung jedoch bis auf eine Ausnahme - die Einkommensentwicklung - optimistischer in die Zukunft als das noch 1993 der Fall war. Dennoch wird die weitere Entwicklung im Hinblick auf einzelne Lebensbereiche in Ost- und in Westdeutschland teilweise mit beachtlicher Skepsis gesehen.

**Graphik 5: Welche Konflikte werden wahrgenommen?**

Konflikte zwischen ... sind "sehr stark" / "ziemlich stark" (Anteile in % für 1998)



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

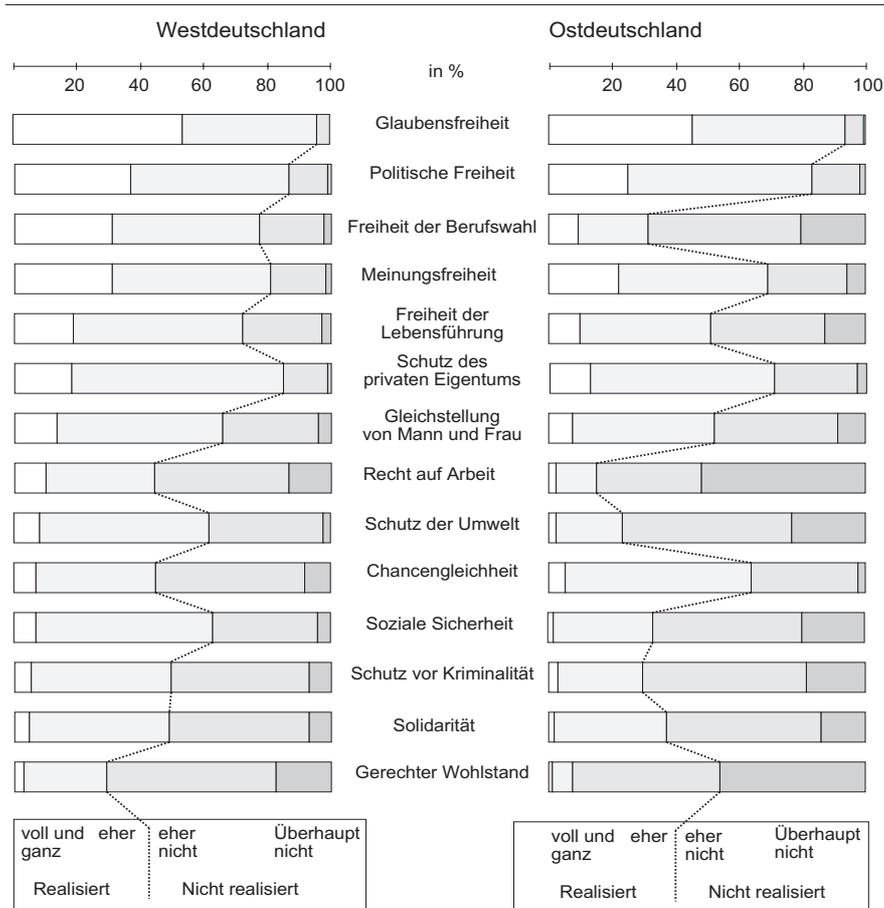
schaftlichen Lebensqualität in Deutschland ihrer Einschätzung nach verwirklicht oder nicht verwirklicht sind (Graphik 6). Während weitgehende Übereinstimmung darüber herrscht, daß in Deutschland „Glaubensfreiheit“ (jeweils über 90 Prozent), „politische Freiheit“ (West: 87 Prozent; Ost: 83 Prozent) und „Meinungsfreiheit“ (West: 80 Prozent; Ost: 69 Prozent) realisiert sei, gehen die Auffassungen bei anderen Aspekten merklich auseinander: So sehen die ostdeutschen Bürger beispielsweise eine „gerechte Verteilung des Wohlstands“ (92 Prozent), das „Recht auf Arbeit“ (85 Prozent), „soziale Sicherheit“ (67 Prozent) oder die „Solidarität mit den Benachteiligten“ (63 Prozent) anders als die Westdeutschen in ihrer Mehrheit jeweils als nicht verwirklicht an. Die teilweise drastischen Unterschiede in der Perzeption und Bewertung von zentralen Merkmalen und Qualitäten der deutschen Gesellschaft sind offenbar nicht allein Reflex der nach wie vor bestehenden Unterschiede in den faktischen Lebensumständen, sondern auch Ergebnis unterschiedlicher biographischer Erfahrungen und Wertvorstellungen. Die Vorbehalte und die Distanz, die sich in diesen Perzeptionen und Bewertungen niederschlagen, deuten aber nicht zuletzt auch darauf hin, daß sich die ostdeutschen Bürger in der gemeinsamen deutschen Gesellschaft auch acht Jahre nach der Vereinigung noch nicht in der gleichen Weise heimisch und mit ihr vertraut fühlen wie die Westdeutschen.

**Roland Habich,**  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung  
Tel.: 030/25491-300

**Heinz-Herbert Noll, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-241

**Wolfgang Zapf,**  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung  
Tel.: 030/25491-384

**Graphik 6: Welche Freiheiten, Chancen, Rechte und Sicherheiten sind in Deutschland verwirklicht?**



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

# Gesundheitsbericht für Deutschland

Eine Publikation des Statistischen Bundesamtes

Nach einer mehrjährigen Vorbereitungs- und Arbeitsphase wurde Ende des Jahres 1998 ein umfassender Band mit dem Titel „Gesundheitsbericht des Bundes“ veröffentlicht. Schon 1987 startete ein Projekt, das eine Konzeption für eine Gesundheitsberichterstattung erarbeitete. Gefördert von dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie dem Bundesministerium für Gesundheit wurde ab 1994 unter der Federführung des Statistischen Bundesamtes und der Mitarbeit einer Vielzahl von Experten dieser Gesundheitsbericht erstellt. In diesem Zusammenhang wurde auch ein „Informations- und Dokumentationszentrum Gesundheitsdaten“ beim Statistischen Bundesamt geschaffen, das aktuelle Informationen zum Gesund-

heitswesen bereitstellt und auch als Datengrundlage für die Berichterstattung dient. Der Gesundheitsbericht soll auf verständliche Weise ein „Gesamtbild des in Deutschland gewachsenen komplexen Gesundheitswesens“ zeichnen. Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes soll einerseits Entscheidungshilfen für die Politik liefern und auf der anderen Seite dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nachkommen.

Der Band integriert verschiedene Perspektiven der Analyse. Im ersten von acht Kapiteln werden die Ziele und die Vorgehensweise der Gesundheitsberichterstattung dargestellt. Das zweite Kapitel hat Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens zum Thema. Hierzu zäh-

len neben politischen und institutionellen Grundlagen auch die demographische Entwicklung, die soziale Lage der Bevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung. Das dritte Kapitel widmet sich nun verschiedenen Aspekten der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung. Anhand empirischer Ergebnisse werden die Sterblichkeit, die subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes in der Bevölkerung, aber auch Krankheitsfolgen wie Arbeitsunfähigkeit und Behinderungen untersucht. Das folgende Kapitel bietet Analysen zu gesundheitsrelevantem Verhalten und Gesundheitsgefährdungen. Neben Einstellungen zum gesunden Leben werden hier u.a. die Themen Ernährung, Alkoholkonsum und Drogenkonsum behandelt. Weiterhin werden auch gesundheitliche Risikomerkmale, die sich aus der sozialen Lage wie Einkommen, Bildung oder Wohnen ergeben und auch Merkmale der Umwelt und der Arbeitswelt in die Betrachtung einbezogen. Kapitel fünf widmet sich der

Beschreibung verschiedener Krankheiten. Neben einer allgemeinen Beschreibung der einzelnen Krankheitsbilder und der Diagnosemöglichkeiten werden jeweils Risikofaktoren und Verbreitung der Krankheiten dargestellt. Die Angabe von vertiefender Literatur rundet die Beschreibungen ab.

Kapitel sechs gibt einen Überblick über Ressourcen der Gesundheitsversorgung. Darin werden u.a. die ambulanten und stationären Gesundheitsversorgungseinrichtungen und auch Gesundheitsschutz und -vorsorge anhand empirischer Daten dargestellt. Auch die Bereiche Industrie, Forschung und Erwerbstätigkeit im Gesundheitswesen werden bei dieser Ressourcenbetrachtung berücksichtigt. Das siebte Kapitel gibt einen Überblick zu Leistungen und der Inanspruchnahme verschiedener Leistungsbereiche des Gesundheitswesens durch die Bevölkerung. Im letzten Kapitel geht es um die Kosten und Finanzierung des Ge-

sundheitswesens. Ausgaben werden hier nach Leistungsarten, Bevölkerungsgruppen und Sektoren aufgeschlüsselt. Dargestellt werden auch Preisstruktur und -entwicklung im Gesundheitswesen sowie die Einkommen in Gesundheitsberufen. Ergänzt wird diese Betrachtung durch die Informationen zur Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens.

Abgerundet wird dieser Band durch ein Glossar, Stichwortverzeichnis und Hinweise auf weiterführende Literatur, was auch eine weitergehende Einarbeitung in spezielle Bereiche des Gesundheitswesens erleichtert.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitsbericht für Deutschland. Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1998, ISBN 3-8246-0569-4, 529 S., Preis: 89,-DM

■ **Stefan Weick, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-245

## Monitoring Multicultural Societies - A Siena Group Report

### Eine Buchbesprechung

Zum Ende des letzten Jahres erschien der Sammelband „Monitoring Multicultural Societies - A Siena Group Report“, der für acht europäische Länder sowie Australien und Kanada Lebensbedingungen und gesellschaftliche Beteiligung von Zuwanderern und ethnischen Gruppen untersucht. Herausgegeben wird der Band von Jacqueline Bühlmann, Paul Röthlisberger und Beat Schmid von Statistischem Amt der Schweiz. Er basiert auf einer Tagung der Siena Group mit dem Titel „On the way to a multicultural society?“ im Jahr 1997 in Neuchâtel in der Schweiz. Die Siena Group hat eher informellen Charakter und besteht aus Vertretern statistischer Ämter und akademischer Forschungseinrichtungen. Die Forschergruppe diskutiert und koordiniert internationale Aktivitäten im Bereich der Sozialstatistik und Sozialberichterstattung.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft und Medien in den westlichen Industrieländern und zunehmender Anteile von Migranten, werden Beiträge zu ausgewählten Aspekten der Lebenslage von Zuwanderern und ethnischen Gruppen auf der Basis statistischer Daten für Australien, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen und die Schweiz geliefert. Ausgehend von demographischen Kennzahlen werden auf Grundlage

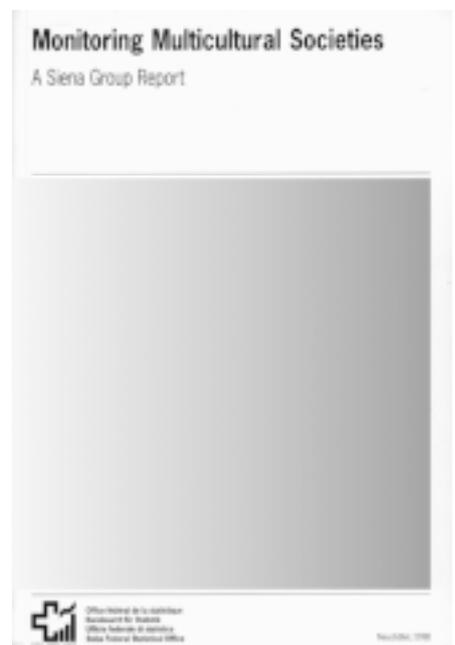
einer einheitlichen inhaltlichen Gliederung die Bereiche Erwerbstätigkeit, Einkommen, Bildung, Partizipation, soziale Netzwerke, Kriminalität und weitere Aspekte von Lebensbedingungen von Migranten in den Beiträgen behandelt. Daneben werden ausländer-spezifische Einstellungen sowie das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten in die Betrachtung einbezogen.

Die einzelnen Beiträge sind von Autoren aus den jeweiligen Ländern verfaßt und folgen jeweils einer ähnlichen Gliederungsstruktur. Die Autoren geben anhand statistischer Informationen der einzelnen Länder einen Überblick über die jeweiligen zentralen Problemlagen in den aufgeführten Bereichen. Dabei gilt es auch länderspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Ein abschließendes Kapitel des Sammelbandes thematisiert auf der Basis der nationalen Studien Gemeinsamkeiten und Differenzen der einzelnen Ländern hinsichtlich deren Umgang mit Migration, Integration und der Bewältigung kultureller Unterschiede. Der Band stellt somit eine wichtige Bereicherung der Sozialberichterstattung zur internationalen Migration und der Lebensbedingungen von Migranten dar.

Jacqueline Bühlmann, Paul Röthlisberger und Beat Schmid (Editors): Monitoring Multicul-

tural Societies. A Siena Group Report. Swiss Federal Statistical Office, Neuchâtel, 1998. ISBN: 3-303-16051-1; 338 S., Preis: 20 Sfr.

■ **Stefan Weick, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-245



# Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration?

## Empirische Analysen zur sozialen und politischen Beteiligung in Deutschland

*Der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen kommt eine wesentliche integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft zu. Partizipation und Engagement in Organisationen und Vereinen fördert kooperatives Verhalten, Gemeinschaftssinn, Solidarität und zwischenmenschliches Vertrauen - Indikatoren, die unter anderem auch für das Funktionieren demokratischer Institutionen wichtig sind. Die gesellschaftliche Beteiligung als Indikator für die soziale und politische Integration der Bürger gewinnt gerade vor dem Hintergrund des ostdeutschen Transformationsprozesses an Bedeutung. Zum anderen wird darauf verwiesen, daß soziale Beziehungsnetzwerke sich im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung auflösen. Sich ändernde Motivationen und Wertverschiebungen in der Bevölkerung verschieben das Beteiligungspotential insbesondere zu Lasten traditionaler Vereinigungen. Neue Engagementformen wie Umweltgruppen oder Bürgerinitiativen sind Ausdruck veränderter Ansprüche und Wertorientierungen.*

Im Mittelpunkt der Debatte um das Leitbild der Zivilgesellschaft stehen zwei empirisch zu beantwortende Fragen: Einerseits, inwieweit traditionale Integrationsinstanzen durch neue soziale Beziehungsnetzwerke abgelöst werden, andererseits, welche Folgen dies für die soziale, politische und wirtschaftliche Integration der Gesellschaft hat. Die ökonomisch ausgerichtete Dritte-Sektor-Forschung stellt auf die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors<sup>1</sup> als der sozialen Infrastruktur der Zivilgesellschaft ab. Im Blickpunkt des wohlfahrtzentrierten Ansatzes steht hingegen die Stellung des Dritten Sektors als Produzent sozialer Sicherheit und Wohlfahrt in Relation zu den anderen Sektoren der Wohlfahrtsproduktion wie Staat, Markt und privatem Haushalt bzw. informellem Bereich. Angesichts finanzieller Engpässe der öffentlichen Haushalte werden in neuen Kombinationsformen von Institutionen und Sektoren - sogenannte wohlfahrtspluralistische Arrangements oder welfare mixes, wie beispielsweise der ‚Mix‘ von staatlicher Absicherung, betrieblicher Alterssicherung und privater Vorsorge im Bereich der Alterssicherung - Instrumente zur Überwindung von Innovationsblockaden gesehen (vgl. Evers/Olk 1998: 10). Den Institutionen der Zivilgesellschaft wird dabei eine wachsende Bedeutung für die Bereitstellung wohlfahrtsrelevanter Güter und Leistungen zugesprochen.

Im Kontext des Sozial-Kapital-Ansatzes - insbesondere in der von Robert Putnam (1995) formulierten demokratietheoretischen Version - wird die soziale und die politische Dimension zivilgesellschaftlicher Institutionen diskutiert. „Netzwerke zivilen Engagements“ wie Nachbarschaftshilfen oder Gesangs- und Sportvereine stellen eine wesentliche Form sozialen Kapitals dar. Sie repräsentieren hori-

zontale Interaktionsbeziehungen, in denen Normen der Gegenseitigkeit gefördert werden, der Informations- und Kommunikationsaustausch erleichtert wird und das Vertrauen und die Bereitschaft wächst, sich im öffentlichen und politischen Raum zu engagieren. Desweiteren wächst das Sozialkapital bzw. Vertrauensniveau einer Gesellschaft mit der Mitgliedschaftsdichte und dem Engagement in „sekundären Assoziationen“ wie kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften oder Parteien. Das Vertrauensniveau einer Gesellschaft ist wiederum bestimmend für das Funktionieren demokratischer Institutionen. Folgt man dieser Argumentation, dann impliziert ein Rückgang der Mitgliedschaft und des Engagements in sekundären Assoziationen ein Auflösen der

Netzwerke, die das Sozialkapital (re-)produzieren, mit mittelbaren Folgen für die demokratischen Institutionen.

Mit der These von der Auflösung sozialer Beziehungsnetze stimmt Putnam in den Chor individualisierungstheoretischer Überlegungen ein. Traditionelle Integrationsinstanzen büßen demnach im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung an Bedeutung ein: Familie, Freundschaften, Nachbarschaft oder Religion verlieren an Einfluß, soziale Beziehungsnetze, in denen sich Solidarität und Gemeinschaftssinn (re-)produzieren, werden tendenziell aufgelöst. Inwieweit nun das soziale Kapital einer Gesellschaft auf den verschiedenen Ebenen der interpersonalen Beziehungen, des intermediären und des gesellschaftlichen Großbereiches im Niedergang begriffen ist, stellt gleichwohl eine empirische Frage dar (vgl. Immerfall 1999). Im folgenden werden hier Organisationen und Vereine des mittleren, intermediären Bereiches in West- und Ostdeutschland untersucht. Dabei steht die Entwicklung und Verteilung sowie die Bewertung sozialer und politischer Beteiligung als Integrationsmechanismus im Vordergrund. Die Datengrundlage bildet der Wohlfahrtssurvey 1998.

### Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen: Verlust und Stagnation

Zur Analyse der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen werden zwei Kenngrößen verwendet: Die Mitgliedschaftsquote als der Anteil der Personen in den jeweiligen Organisations- und Vereinsformen sowie die Mitgliedschaftshäufigkeit als der Anteil der Personen, die in keiner, einer oder mehreren Organisations- oder Vereinsformen Mitglied sind. Letzere Größe gibt Aufschluß über die Entwicklung der Mehrfachmitgliedschaft. Über das Aktivitätspotential, d.h. inwiefern es sich hier eher um aktive oder passive Mitglieder handelt, kann allerdings keine Aussage gemacht werden.

**Tabelle 1: Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, 1984-1998**

	1984	Westdeutschland		Ostdeutschland		
		1988	1993	1993	1998	
in %						
<i>Mitgliedschaft in...</i>						
Gewerkschaft	16	16	17	12	25	13
Partei	5	5	5	4	3	3
Bürgerinitiative	2	2	2	1	0	1
<i>Verein, darunter:</i>						
Kirchlicher Verein	7	10	7	9	5	3
Musik-/ Gesangverein	7	8	6	7	1	2
Sportverein	28	29	28	28	10	12
Anderer Verein, Organisation	19	24	19	22	14	14
<i>Anzahl der Mitgliedschaften</i>						
Keine Mitgliedschaft	44	42	44	42	53	62
1 Mitgliedschaft	34	33	36	39	38	29
2 Mitgliedschaften	16	17	14	14	8	7
3 Mitgliedschaften und mehr	6	8	6	6	1	1

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998

**Tabelle 2: Mitgliedschaft in Organisationen nach soziodemographischen Merkmalen, 1998**

	Gewerkschaft		Partei		Bürgerinitiative	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %						
Insgesamt	12	13	4	3	1	1
<i>Geschlecht</i>						
Männer	19	16	6	4	1	1
Frauen	6	10	3	3	1	1
<i>Altersgruppen</i>						
18 bis 34 J.	11	9	3	3	1	2
35 bis 54 J.	16	17	3	2	2	2
55 J. und älter	9	12	5	5	1	1
<i>Bildungsabschluß</i>						
Ohne Abschluß/ Hauptschulabschluß	12	10	2	3	0	1
Mittlere Reife	14	14	4	2	1	1
Fachhochschulreife/ Abitur	10	15	8	7	3	3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Betrachtet man die Entwicklung der Mitgliedschaftsquote seit 1984 in Westdeutschland, dann ist bei allen Organisations- und Vereinsformen ein sinkender oder stagnierender Anteil festzustellen (vgl. Tabelle 1). Am stärksten zeigt sich ein Rückgang bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft, worin sich zum einen wirtschaftsstrukturelle und zum anderen berufsstrukturelle Veränderungen widerspiegeln. Eine zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft und Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur, wie eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und ein steigender Anteil von Angestellten, bedingen ein Wachstum eines gewerkschaftlich niedrig organisierten Wirtschaftsbereichs sowie einer gewerkschaftlich gering organisierten Personengruppe. Dies sind langfristige Entwicklungen, die sich in einer niedrigeren Mitgliedschaftsquote niederschlagen. Die Parteimitgliedschaft und Vereinsmitgliedschaften bleiben in der zeitlichen Perspektive nahezu konstant. Der vielzitierte Mitgliederschwund insbesondere der Großparteien zeigt sich zumindest nicht in der Mitgliedschaftsquote. Am mitgliederstärksten unter den Vereinen zeigen sich in Westdeutschland die Sportvereine mit einem Mitglieder-

anteil von 28 Prozent. Die in den 60er Jahren im Kontext der neuen sozialen Bewegungen erstmalig entstandenen Bürgerinitiativen weisen dagegen erhebliche Mitgliederverluste auf. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Ostdeutschland. So nimmt hier der Anteil der Mitglieder in Gewerkschaften von 25 Prozent im Jahr 1993 auf 13 Prozent im Jahr 1998 ab, die Mitgliedschaft in Vereinen bleibt auch hier weitgehend konstant. Eine strukturelle Angleichung der Mitgliedschaften zwischen West- und Ostdeutschland von 1993 auf 1998 zeigt sich insbesondere bei Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen, während die Vereinsmitgliedschaften noch immer stark differieren und ein deutlich niedrigeres Niveau in Ostdeutschland aufweisen.

#### Anteil der Nichtmitglieder in Ostdeutschland deutlich höher

Der Anteil derjenigen, die in keiner Organisation oder keinem Verein Mitglied sind, liegt in Ostdeutschland deutlich über dem in Westdeutschland (vgl. Tabelle 1). So sind 1998 62 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen in keiner Organisation und kei-

nem Verein organisiert. Die Nichtmitgliedschaftsquote bleibt damit in Westdeutschland in der zeitlichen Perspektive stabil. Variationen sind hier im Bereich der Ein- und Mehrfachmitgliedschaften festzustellen. So nimmt die Mitgliedschaft in genau einem Verein oder einer Organisation in Westdeutschland von 34 Prozent auf 39 Prozent zu, während Mehrfachmitgliedschaften abnehmen bzw. stagnieren. Für die neuen Bundesländer ergibt sich hingegen eine Abnahme von 38 Prozent für 1993 auf 29 Prozent im Jahr 1998. Die Mehrfachmitgliedschaften bleiben auf einem deutlich niedrigeren Niveau im Vergleich zu den alten Bundesländern konstant.

#### Organisationen und Vereine - Männerdomänen der gebildeten Mittelschicht

Wer ist aber nun Mitglied in einem Verein oder Organisation? In Tabelle 2 ist die soziodemographische Struktur der Mitglieder in Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen im Jahr 1998 aufgezeigt. Allgemein sind bei diesen Organisationen, innerhalb derer direkt oder indirekt Einfluß auf den politischen Willensbildungsprozeß genommen werden kann, mehr Männer und Personen mit höherem Bildungsabschluß vertreten.

Die Geschlechtszugehörigkeit und der Bildungsstand haben immer noch einen wesentlichen Einfluß auf die Beteiligung in diesen Organisationen. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen folgt diesem Muster. Nur in den kirchlichen Vereinen engagieren sich mehr Frauen als Männer. Hier zeigen sich auch im Vergleich zu der Mitgliedschaft in Organisationen deutlichere Unterschiede in der Altersstruktur. In kirchlichen sowie in Musik- und Gesangvereinen partizipieren überproportional Personen der älteren Altersgruppe. Die These von der Überalterung der Vereine trifft vor allem hier zu. Bei Sportvereinen als der wichtigsten Beteiligungsform zeigt sich in der Altersgruppe der über 55 Jährigen in Westdeutschland eine hohe Beteiligungsquote. In der zeitlichen Entwicklung von 1984 bis 1998 (tabellarisch nicht dargestellt) stieg der Anteil in dieser Altersgruppe von 11 Prozent im Jahr 1984 auf 20 Prozent im Jahr 1998. Gleichzeitig verlieren die Sportvereine konstant an jüngeren Mitgliedern: So waren 1984 noch 40 Prozent der 18 bis 34 Jährigen in Sportvereinen organisiert, 1998 waren es fünf Prozentpunkte weniger. Die sportliche Betätigung im Verein scheint zumindest für Jüngere immer weniger attraktiv zu sein. Angesichts wachsender Konkurrenz seitens anderer Angebote - wie kommerzieller Fitness-Zentren - verliert die vereinsmäßige Organisation zunehmend an Boden. Auch veränderte Freizeitansprüche stellen die Vereine vor die Aufgabe, die Attraktivität und Breite ihres Vereinsangebots zu überdenken um neue Mitglieder - insbesondere Jüngere - für sich zu gewinnen.

Die soziodemographische Zusammensetzung der Mitglieder in den neuen Bundesländern folgt im wesentlichen der in den alten Bun-

**Tabelle 3: Mitgliedschaft in Vereinen nach soziodemographischen Merkmalen, 1998**

	Kirchlicher Verein		Musik-/Gesangverein		Sportverein	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %						
Insgesamt	9	3	7	2	28	12
<i>Geschlecht</i>						
Männer	7	2	8	2	35	15
Frauen	10	3	5	2	22	9
<i>Altersgruppen</i>						
18 bis 34 J.	6	3	6	3	35	19
35 bis 54 J.	8	2	6	2	31	14
55 J. und älter	12	3	8	1	20	5
<i>Bildungsabschluß</i>						
Ohne Abschluß/ Hauptschulabschluß	8	2	7	2	23	5
Mittlere Reife	7	4	7	1	33	16
Fachhochschulreife/ Abitur	12	1	6	2	34	16

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

**Tabelle 4: Mitgliedschaft, Politisches Interesse und Soziales Vertrauen, 1998**

	Politisches Interesse <sup>1</sup>				Soziales Vertrauen <sup>2</sup>			
	West		Ost		West		Ost	
	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder	Mitglieder	Nichtmitglieder
	in %							
Insgesamt	32		26		20		13	
Gewerkschaft	47	30	38	25	22	20	10	14
Partei	82	30	79	24	28	20	17	13
Bürgerinitiative	74	31	57	26	38	20	24	13
Verein, darunter:								
Kirchlicher Verein	42	31	29	26	24	20	21	13
Musik-/ Gesangsverein	49	31	11	27	26	20	18	13
Sportverein	37	30	24	27	22	19	12	14
Anderer Verein, Organisation	46	28	39	24	23	19	16	13
<i>Kumuliert<sup>3</sup></i>	39	22	33	22	23	17	12	14

- 1 „sehr starkes“ und „starkes“ politisches Interesse.
- 2 Anteil der Befragten, die auf die Frage ‚Würden Sie sagen, daß man den meisten Menschen vertrauen kann, oder sollte man lieber vorsichtig sein mit anderen‘, angegeben haben ‚Man kann den meisten Menschen vertrauen‘.
- 3 Personen mit mindestens einer bzw. keiner Mitgliedschaft in allen Vereinen und Organisationen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

desländern, wengleich sich in Westdeutschland die geschlechtsspezifischen Differenzen sowie die Differenz der Alters- und Bildungsgruppen weitaus deutlicher zeigen. Am prägnantesten erweisen sich diese Ost-West-Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen.

**Mitglieder in Organisationen und Vereinen politisch interessierter**

Das politische Interesse ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die politische Involviertheit der Bevölkerung in das politische System, sondern auch für den Grad der politischen Handlungsbereitschaft der Bevölkerung. Nur Personen, die ein Mindestmaß an politischem Interesse zeigen, werden motiviert sein, sich politische Informationen zu beschaffen und politisch aktiv mitzuwirken. Der Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen verdeutlicht sich in Tabelle 4.

Insgesamt haben 32 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen ein sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse. Über alle Mitgliedschaften hinweg zeigt sich zumindest für Westdeutschland ein höherer Anteil an politischer Interessiertheit. Auch die Mitglieder in Vereinen sind überdurchschnittlich politisch interessiert, wengleich letztere keinen unmittelbaren politischen Bezug haben. Dies verdeutlicht den Zusammenhang zwischen politischer Involviertheit und gesellschaftlicher Beteiligung im weiteren Sinne. In Ostdeutschland ist das politische Interesse der Vereinsmitglieder allerdings weitaus weniger ausgeprägt als in Westdeutschland.

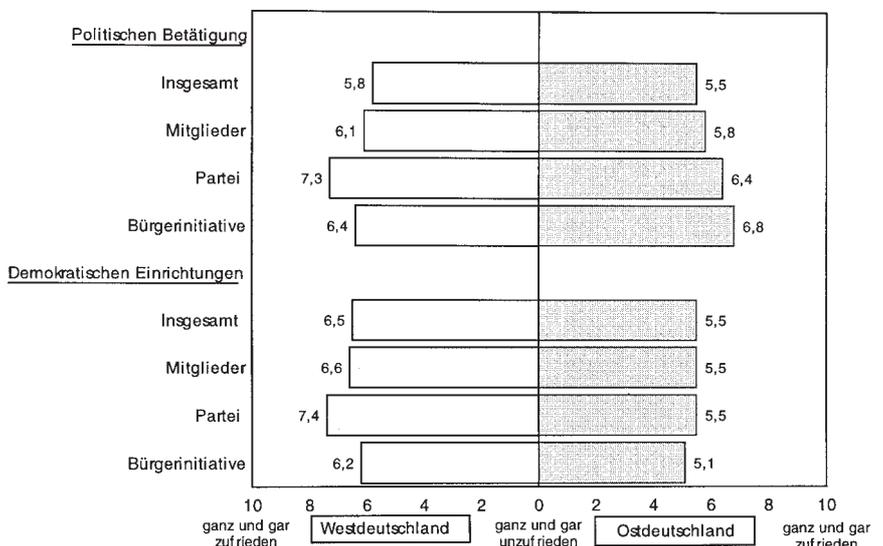
**Mitgliedschaft, soziales Vertrauen und Zufriedenheit mit Partizipation und Demokratie**

Eine im Kontext der Diskussion um die Zivilgesellschaft immer wieder formulierte Hypothese lautet, daß die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen einen wesentlichen Beitrag zum Sozialkapital einer Gesellschaft leistet. In Tabelle 4 wird der Zusammenhang zwischen sozialem Vertrauen und Mitgliedschaft - beides Aspekte des Sozialkapitals - dargestellt. Die Ergebnisse zeigen zumindest

für Westdeutschland, daß Mitglieder in Organisationen und Vereinen mehr soziales Vertrauen zeigen. Insgesamt gaben 20 Prozent der Westdeutschen und 13 Prozent der Ostdeutschen an, daß man den meisten Menschen vertrauen kann. Entsprechendes sagen wiederum 23 Prozent der westdeutschen Personen, die in mindestens einer Organisation oder einem Verein Mitglied sind. Im Vergleich dazu äußern dies nur 17 Prozent der Nichtmitglieder. Für Ostdeutschland zeigen sich die Differenzen im sozialen Vertrauen nach dem Mitgliedschaftsstatus weniger deutlich als in Westdeutschland: Daß man den meisten Menschen vertrauen kann, geben 12 Prozent der Mitglieder und 14 Prozent der Nichtmitglieder an. Die simple Gleichsetzung von Mitgliedschaft und einer entsprechenden Mehrung, Stabilisierung oder Minderung des sozialen Kapitals greift sicherlich zu kurz. Gegen die oftmals positive Besetzung des Beteiligungsaspektes in freiwilligen Vereinigungen läßt sich einwenden, daß nicht jede Mitgliedschaft in einer Vereinigung dem Gemeinwohl zwingend dienlich ist. Eine differenzierte Analyse von Organisationszweck und -struktur wäre hier vonnöten.

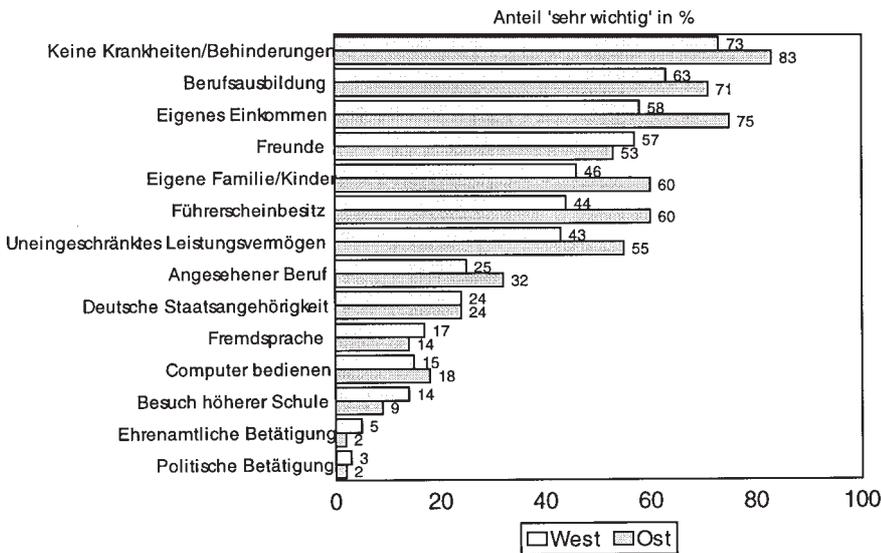
Die Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Partizipation und den demokratischen Einrichtungen kann einerseits zu politischer Apathie führen, andererseits ein Antrieb sein, sich politisch zu engagieren, sei es innerhalb der gegebenen Partizipationsmöglichkeiten oder vermittels unkonventioneller Beteiligungsformen. In Graphik 1 ist die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und den demokratischen Einrichtungen für Mitglieder, die in irgendeinem Verein oder Organisation organisiert sind, dargestellt. Zusätzlich sind die Zufriedenheitswerte für die Mitglieder von Parteien und von Bürgerinitiativen aufgeführt. In West- und Ostdeutschland sind Nichtmitglieder durchschnittlich unzufriedener mit den Möglichkei-

**Graphik 1: Zufriedenheit mit der politischen Beteiligung und den demokratischen Einrichtungen 1998**



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

**Graphik 2: Wichtigkeit sozialer und politischer Beteiligung als gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, 1998.**



Anmerkung: Bewertung auf einer vierstufigen Skala von sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig bis unwichtig auf die Frage: Man kann ja das Gefühl haben in das normale gesellschaftliche Leben integriert zu sein und dazugehören oder sich eher ausgeschlossen fühlen. Wie wichtig sind die folgenden Merkmale ihrer Meinung nach, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein?

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

ten der politischen Betätigung als Mitglieder. Überdurchschnittlich zufrieden mit den politischen Partizipationsmöglichkeiten äußern sich aber insbesondere Mitglieder von Parteien und Bürgerinitiativen. Zwischen den beiden politischen Betätigungsformen zeigen sich allerdings Unterschiede bei der Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen: So sind Mitglieder von Bürgerinitiativen deutlich unzufriedener mit den demokratischen Einrichtungen. Ebenso zeigen sich die Ostdeutschen weniger zufrieden mit den demokratischen Einrichtungen als die Westdeutschen. Dies reflektiert, daß einerseits die Unzufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen nicht in Parteien, sondern in Bürgerinitiativen aufgefangen werden kann, da in letzteren eine zufriedenstellende Partizipationsform gesehen wird. Andererseits kann, wie die niedrigen Zufriedenheitswerte der Nichtmitglieder zeigen, davon ausgegangen werden, daß eine Unzufriedenheit mit den Partizipationsmöglichkeiten und demokratischen Einrichtungen eher zu politischer Apathie denn Engagement führt.

### Bewertung gesellschaftlicher Beteiligung für die Integration

Einen weiteren Ansatzpunkt, den die Debatte um die ‚Zivilgesellschaft‘ bietet, bezieht sich auf die Frage, wie Prozessen der sozialen Exklusion begegnet werden kann. Im Hinblick auf die Erwerbsarbeit heißt das, wie die Integration anders als nur über den Markt vermittelt gestaltet werden kann (wie zum Beispiel durch die Anerkennung von Haus- und Erziehungsarbeit); in bezug auf die politische Beteiligung, wie eine Stärkung partizipatorischer

Elemente jenseits bloßer Stimmabgabe (wie Bürgerbegehren) erfolgen kann; und letztendlich, wie neue und erweiterte Zugänge für die Bürger zu wohlfahrtsrelevanten Leistungen von nicht-staatlicher Seite (wie private Altersvorsorge) bereitgestellt werden können. Wie wird aber nun die soziale und politische Beteiligung als Integrationsmechanismus im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen bewertet? In Graphik 2 ist die Wichtigkeit ehrenamtlicher und politischer Betätigung in Relation zu weiteren Lebensbereichen wie Gesundheit, Familie und Beruf dargestellt.

In bezug auf die Reihenfolge in der Bewertung der Lebensbereiche sind zwischen West- und Ostdeutschland keine wesentlichen Unterschiede festzustellen. Weitaus mehr betont wird aber in Ostdeutschland das Ausmaß der Wichtigkeit von Gesundheit, Einkommen und die berufliche Ausbildung für die Integration in die Gesellschaft. Diesen drei Bereichen folgt in der Wichtigkeit als zweite Gruppe der familiäre Bereich (eigene Familie/Kinder, Freunde) sowie der Bereich der Mobilität (Führerscheinbesitz, uneingeschränktes Leistungsvermögen). Die ehrenamtliche und politische Betätigung wird in beiden Landesteilen als weniger wichtig für die Integration in die Gesellschaft erachtet. Sowohl für West- und Ostdeutschland zeigt sich, daß je unmittelbarer der Lebensbereich die Lebensverhältnisse der Person tangiert, desto wichtiger wird er für die Integration in die Gesellschaft eingeschätzt.

Wieviel soziale und politische Beteiligung ihrer Bürger es in einer demokratischen Gesellschaft bedarf, ist eine normativ zu beantwortende Frage. Als problematisch muß sicherlich

angesehen werden, wenn ein einmal erreichtes Beteiligungspotential in der zeitlichen Entwicklung abnimmt. Die vorgestellten Ergebnisse weisen zumindest für Westdeutschland nicht auf umfassende Einbrüche der Mitgliedschaftsverhältnisse in Organisationen und Vereinen hin. Insgesamt erweisen sich diese - bei 60 Prozent Mitgliedern und 40 Prozent Nichtmitgliedern - in der zeitlichen Perspektive als stabil. Kritisch zu betrachten ist dagegen die Entwicklung in den neuen Bundesländern hin zu einem umgekehrten Mitgliedschaftsverhältnis. Nimmt man die Beteiligung in politischen Parteien und Bürgerinitiativen als Indikator für die politische Integration, dann zeigen sich hier zwar tendenziell Angleichungstendenzen, die Vereinsmitgliedschaften als Maß für die soziale Integration bleiben allerdings weit hinter denen in Westdeutschland zurück. Dies gilt aber gerade dort, wo der Mitgliedschaftsstatus eng mit dem politischen Interesse und dem sozialen Vertrauen verknüpft ist.

<sup>1</sup> Zum Dritten Sektor zählen unter anderem Non-Profit-Organisationen, Stiftungen, Vereine, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften sowie Selbsthilfe- und Umweltschutzgruppen.

Evers, Adalbert und Thomas Olk, *Wohlfahrtspluralismus-Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs*, in: ders. (Hrsg.), *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. S. 9-60. Opladen, 1996.

Immerfall, Stefan, *Sozialkapital in der Bundesrepublik. Thesen zu Konzept und Größenordnung*, in: Kistler, Ernst, Noll, Heinz-Herbert und Eckhard Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*. Berlin, 1999.

Putnam, Robert D., *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*. *Journal of Democracy* 6,1, 65-78, 1995.

■ Anke Schöb, ZUMA

Tel.: 0621/1246-113

# Steigende Bedeutung der Familie nicht nur in der Politik

## Untersuchung zur Familie mit objektiven und subjektiven Indikatoren

*Der Familienpolitik wird von den großen Parteien im Bundestag eine zentrale Stellung in den Wahlprogrammen zugewiesen, und die neue Bundesregierung hat bereits zu Jahresbeginn das Kindergeld für das erste und zweite Kind erhöht und weitere Maßnahmen geplant. In Artikel 6 des Grundgesetzes wird der Schutz von Ehe und Familie gefordert. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngsten familienpolitischen Entscheidung den Gesetzgeber verpflichtet den Aufwand für Betreuung und Erziehung von Kindern generell steuerfrei zu stellen. Dieses Urteil verpflichtet den Staat zu kostenträchtigen Maßnahmen. In der Begründung heißt es: „Die Kinderbetreuung ist eine Leistung, die auch im Interesse der Gemeinschaft liegt und deren Anerkennung verlangt.“ Dem stehen demographische Tendenzen gegenüber, die auch Zweifel am hohen Stellenwert von Ehe und Familie in der jüngeren Generation aufkommen lassen. Die Neigung zur Eheschließung, die Fertilität, aber auch die Stabilität der Ehen hat in den letzten Jahrzehnten erheblich abgenommen - bei einer gleichzeitigen Ausweitung von Lebensformen neben Ehe und Familie. Familiengründung und Kinderbetreuung steht in Konkurrenz mit beruflichen Zielen und Freizeitaktivitäten. In diesem Beitrag wird die Lage der Familie in Ost- und Westdeutschland acht Jahre nach der Wiedervereinigung und kurz vor dem Ende des Jahrhunderts anhand objektiver und subjektiver Indikatoren auf Basis des Wohlfahrtssurveys 1998 untersucht.*

### Wenige Familien mit Kleinkindern in Ostdeutschland

Betrachtet man die Verteilung der erwachsenen Bevölkerung auf verschiedene Lebensformen, so fällt auf, daß in Ostdeutschland der Anteil von Verheirateten mit minderjährigen Kindern nur knapp über 20 Prozent beträgt. Obwohl auch in den alten Bundesländern die Geburtenziffer ständig gesunken ist, liegt der entsprechende Anteil von Ehepartnern mit Kindern unter 18 Jahren mit 27% höher. Als Folge der geringen Heirats- und Geburtenzahlen in den neunziger Jahren ist in den neuen Bundesländern der Anteil von Eltern in Kernfamilien mit Kindern unter sechs Jahren klein. Das hat Auswirkungen auf andere Lebensbereiche, wie z.B. auf die Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Schülerzahlen. Allerdings findet man in den neuen Bundesländern einen höheren Anteil von Alleinerziehenden und unverheiratet zusammenlebenden Partnern mit Kindern als in Westdeutschland. Auch wenn Kinder vorhanden sind, ist in Ostdeutschland die Neigung zur Eheschließung offensichtlich begrenzt. Gesellschaftliche Legitimation oder auch nur steuerliche Vorteile einer Heirat schaffen demnach nur schwächere Anreize zur staatlich geförderten Familiengründung als in den alten Bundesländern. Nicht nur die Umwälzungen im Rahmen des ostdeutschen Transformationsprozesses, auch die unterschiedlichen Vorstellungen zur Rolle der Frau in Ost und West dürften zu der geringeren Heiratsneigung in den neuen Bundesländern beitragen. Die klare Orientierung hin zu einer durchgehenden Erwerbstätigkeit von Frauen, die auch eine

Unabhängigkeit von der Versorgung durch den Ehemann bedeutet, erleichtert offensichtlich die Wahl einer Lebensform ohne Trauschein - auch wenn Kinder vorhanden sind. Mit Ausbildungszeiten, die weit in das dritte Lebensjahrzehnt reichen und hohen Mieten auf dem Wohnungsmarkt, entschlossen sich viele junge Erwachsene noch ledig im Elternhaus zu bleiben. So leben etwa zehn Prozent der Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland in einer Kernfamilie mit volljährigen Kindern. Das Problem der zunehmenden Alterung der Gesellschaft hat nicht nur vielfältige Auswir-

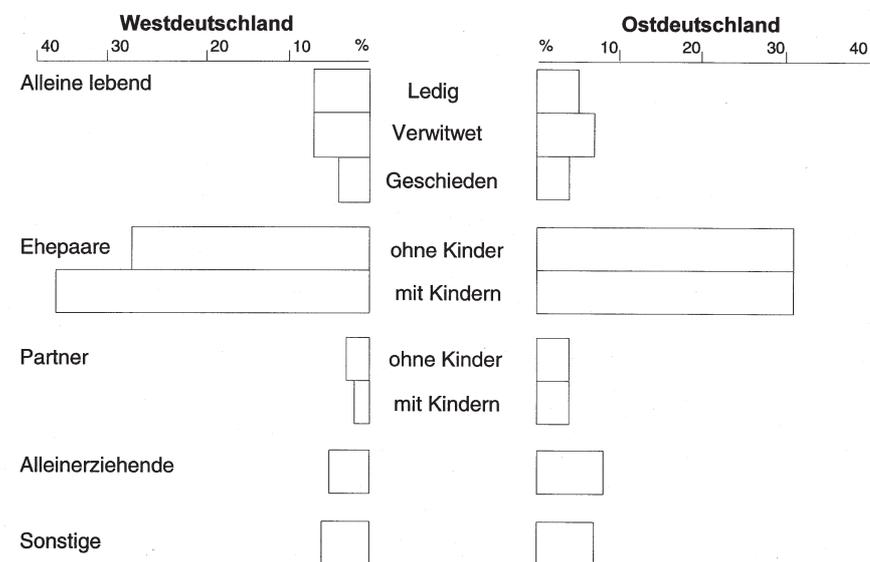
kungen auf das Netz der sozialen Sicherung, sondern auch auf individuelle Problemlagen, z.B. nach dem Tod des Ehepartners. Verwitwet und allein leben sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ca. 7 Prozent der Personen ab 18 Jahren. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meist jünger sind als ihre Männer, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Die große Gruppe der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt von etwa 30 Prozent in Ost und West ist dominiert von älteren Befragten, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben.

Die These zur Krise der Familie wurde in den Medien immer wieder im Zusammenhang mit der Ausbreitung sogenannter alternativer Lebensformen aufgegriffen. Mit dem Trend zu einer höheren Ledigenquote hat vor allem der Anteil von Frauen und Männern zugenommen, der ledig und allein in einem Haushalt lebt. Diese individualisierte Lebensform hat in den alten Bundesländern auch Ende der neunziger Jahre noch eine größere Verbreitung als in den neuen Bundesländern. Das Leben in Wohngemeinschaften stellt in der Regel nur eine kürzere Phase im jüngeren Erwachsenenalter, z.B. während der Studienzeit dar und findet entsprechend auch weniger Verbreitung.

### Familien mit Kindern überwiegend in Wohneigentum

Die objektive Lebenssituation wird in starkem Maße durch die Wohnbedingungen bestimmt. Die Wohnqualität hat sich in den alten Bundesländern kontinuierlich und seit der deutschen Wiedervereinigung auch in den neuen Bundesländern erheblich verbessert. Grundlegende Ausstattungen wie WC, Bad und auch Zentralheizung sind überwiegend vorhanden. Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen gibt es vor allem hinsichtlich Wohnungseigentum und der Wohnfläche, die dem

Graphik 1: Lebensformen der deutschen Bevölkerung 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

**Tabelle 1: Wohnsituation in verschiedenen Lebensformen 1998**

	Anteile mit Wohneigentum		Anzahl der Räume pro Person		Zufriedenheit mit der Wohnung <sup>1</sup>	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	%				Ø	
Insgesamt	52	37	1,7	1,5	8,2	7,6
Alleine, ledig oder getrennt	21	12	2,4	2,1	7,5	7,1
Alleine, verwitwet	55	30	3,1	2,6	8,9	8,2
Mit Lebenspartner	27	13	1,4	1,2	7,5	7,0
Ehepaare ohne Kinder	61	42	1,9	1,6	8,6	7,9
Ehepaare mit Kindern	60	46	1,2	1,1	8,2	7,6
Alleinerziehende	45	26	1,7	1,4	7,7	6,8
Sonstige	46	52	1,3	1,1	7,7	7,7

1 Skala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

einzelnen zur Verfügung steht. Insgesamt ist Wohnungseigentum in den alten Bundesländern verbreiteter als in den neuen Bundesländern. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Wohnungseigentum haben in West- und Ostdeutschland Ehepaare mit und ohne Kinder im Haushalt, aber zumindest in Westdeutschland auch verwitwet Alleinlebende. Mit eineinhalb Räumen pro Person ist sogar in Ostdeutschland (West: 1,7) bezüglich der Platzverhältnisse in den Wohnungen überwiegend ein hoher Standard zu verzeichnen. Vor allem größere Haushalte müssen mit weniger Wohnraum pro Kopf zurecht kommen. Ältere, verwitwete Frauen und Männer verfügen dagegen über besonders viel Wohnraum, da in der Regel die gemeinsame Wohnung nach dem Tod des Ehepartners nicht aufgegeben wird. Familien mit Kindern erreichen nicht die Wohnqualität von Singles. Ihnen stehen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern durchschnittlich nur etwas mehr als ein Raum pro Person zur Verfügung. Damit ist allerdings ein Mindeststandard erreicht. Die Wohnungszufriedenheit liegt insgesamt auf hohem Niveau, wobei die Bewertungen in den alten Bundesländern 0,6 Skalenpunkte über denjenigen der neuen Bundesländer liegen. Der hohe Anteil an Wohneigentum und die hohe Wohnqualität findet bei verwitwet Alleinlebenden und auch bei Ehepartnern ohne Kinder ihren Niederschlag in einer besonders hohen Wohnungszufriedenheit.

Das Einkommen spielt eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen. Die höchstrichterliche Entscheidung zum Familienlastenausgleich, aber auch die erhebliche Zunahme des Anteils minderjähriger Sozialhilfeempfänger hat den Blick auf die ökonomische Situation von Familien gerichtet. Wenn an dieser Stelle auch keine problemgruppenbezogene Analyse durchgeführt wird, zeigen die relativen Einkommenspositionen (Gesamtdurchschnitt = 100) die ungünstige Einkommenssituation von Alleinerziehenden und im Vergleich dazu die gün-

stige Einkommensposition von Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt. Dies drückt sich auch in der subjektiven Bewertung aus. Eine besonders geringe Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen findet man - vor allem in Ostdeutschland - bei Alleinerziehenden und unverheirateten Lebenspartnern mit Kindern. Aber auch Geschiedene und getrennt Lebende in Einpersonenhaushalten äußern eine geringe Einkommenszufriedenheit. Hier ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen der objektiven Einkommenssituation und subjektiven Bewertung zu erkennen. Etwas höher ist bei den verschiedenen Lebensformen die Zufriedenheit mit dem materiellen Lebensstandard, in die auch Bewertungen anderer materieller Bereiche, z.B. Wohnen, Kleidung und Ernährung eingehen.

Eine andere Fragestellung betrifft die Einschätzung der eigenen Positionen im Gefüge gesellschaftlicher Gruppen. Bei der Einordnung zwischen oben und unten, zeigen die Befragten eine ausgeprägte Tendenz, sich in mittleren Bereichen einzuordnen. Auch Alleinerziehende, die eine geringe Einkommenszufriedenheit haben, sehen sich mit 5,4 in den alten und 4,9 in den neuen Bundesländern doch etwa auf einer mittleren Position einer Skala von 0 (unten) bis 10 (oben). Geringe Zufriedenheit mit dem Einkommen oder dem Lebensstandard bedeutet demnach nicht, daß man sich gesellschaftlichen Gruppen zuordnet, die unten im sozialen Gefüge stehen.

### Immer noch breite Akzeptanz der Hausfrauenrolle in Westdeutschland

Beim Rollenverständnis von Frauen sind erhebliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern zu erkennen. Ostdeutsche Frauen sind nicht nur stärker am Erwerbsleben beteiligt als westdeutsche, sie haben diesbezüglich auch ein anderes Selbstverständnis. So gibt es keinen nennenswerten Anteil von ostdeutschen Frauen, die sich überhaupt als Hausfrauen bezeichnen würden. Obwohl auch jüngere westdeutsche Frauen überwiegend über eine berufliche Qualifikation verfügen, ist während der Erziehungsphase zumindest eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit die Regel. Mehr als ein Fünftel der Altersgruppe von 18 bis 38 Jahren in Westdeutschland gibt an Hausfrau zu sein. In den höheren Altersgruppen sind es jeweils etwa ein Drittel. Die Mehrzahl der Hausfrauen in Westdeutschland akzeptiert auch diese Form von Nichterwerbstätigkeit. Sogar in der jüngsten Altersgruppe geben immerhin 46% der nichterwerbstätigen Frauen an, lieber Haus-

**Tabelle 2: Materieller Lebensstandard und seine Bewertung in privaten Lebensformen**

	Relative Einkommensposition <sup>1</sup>		Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen <sup>2</sup>		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard <sup>2</sup>		Oben-unten Skala <sup>3</sup>	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	%				Ø			
Insgesamt	100	100	7,0	6,1	7,4	6,7	6,1	5,4
Alleine ledig	96	84	6,3	4,9	6,9	5,8	5,8	5,1
Alleine verwitwet	93	93	7,2	7,3	7,6	7,4	5,8	5,2
Allein getrennt	100	88	5,5	5,1	6,2	5,6	5,7	4,5
Mit Lebenspartner	116	105	6,5	5,8	7,0	6,5	6,2	5,7
Lebenspartner und Kinder	95	85	6,3	4,2	7,0	5,5	5,4	4,8
Ehepaare ohne Kinder	120	116	7,7	6,7	7,9	7,2	6,4	5,6
Ehepaare mit Kindern bis 17 Jahre	86	103	7,0	6,2	7,3	6,9	6,1	5,5
Ehepaare mit Kindern über 18 Jahre	96	89	7,1	6,0	7,6	6,6	6,4	5,3
Alleinerziehende	89	72	5,9	4,3	6,5	5,3	5,4	4,9
Sonstige	91	106	6,6	6,4	7,0	6,5	5,6	5,5

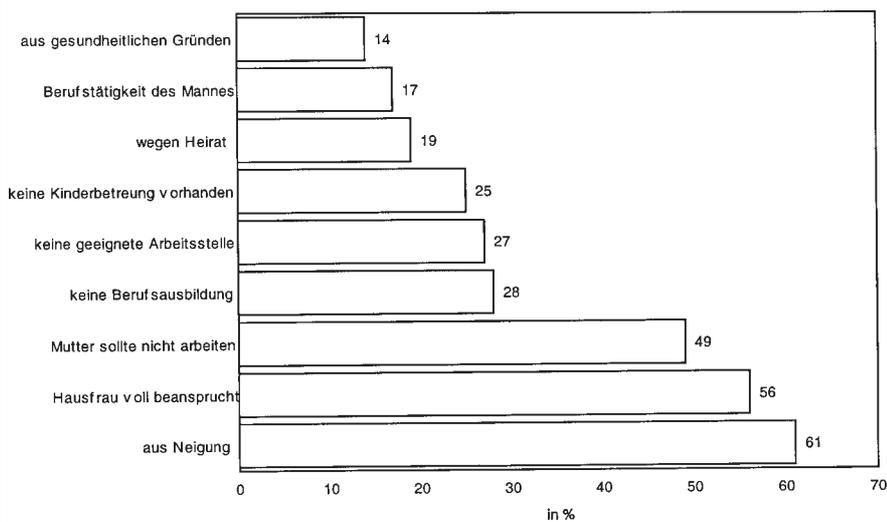
1 Verhältnis des Gruppendurchschnitts zum Gesamtdurchschnitt \* 100.

2 Skala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

3 Selbsteinstufung auf Skala von 0-10 - 10 "Oben", 0 "Unten" in der Gesellschaft.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

**Graphik 2: Gründe für Hausfrauentätigkeit in Westdeutschland 1998**



Angaben von nichterwerbstätigen Hausfrauen  
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

frau zu sein als einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, und etwa zwei Drittel glauben, daß sie als Hausfrau voll beansprucht sind. Auch fehlende Möglichkeiten für die Kinderbetreuung werden häufig als Grund für Nichterwerbstätigkeit bei Frauen angesehen. Erst danach rangieren geringes Ausbildungsniveau und fehlende Möglichkeiten eine geeignete Arbeitsstelle zu finden.

**Steigende subjektive Bedeutung der Familie in Westdeutschland seit 1980**

Der Familie wird in Deutschland, trotz aller Diskussionen um Auflösungstendenzen, von der Bevölkerung eine hohe Bedeutung zugemessen. 98 Prozent der Befragten erachten 1998 die Familie zumindest als „wichtig“ für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit (vgl.

**Tabelle 3: Wichtigkeit von Familie sowie von Liebe und Zuneigung nach Altersgruppen**

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	sehr wichtig					wichtig	sehr wichtig	wichtig		
	1980	1984	1988	1993	1998	1998	1993	1998	1998	
	in %									
Familie, insgesamt	68	73	73	76	80	18	82	85	13	
Altergruppen										
18-30 Jahre	67	70	68	70	74	22	75	81	16	
31-45 Jahre	76	81	83	82	85	14	87	87	12	
45-60 Jahre	72	77	78	82	82	17	89	85	14	
61 Jahre und älter	55	64	65	72	76	23	77	86	13	
Liebe und Zuneigung, insgesamt	60	69	68	71	73	26	73	71	26	
Altergruppen										
18-30 Jahre	68	77	75	81	73	27	84	73	25	
31-45 Jahre	65	77	77	77	80	19	70	73	24	
45-60 Jahre	61	64	69	70	72	28	74	69	30	
61 Jahre und älter	44	54	53	57	64	34	64	71	26	

Datenbasis Wohlfahrtssurveys 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998

**Tabelle 4: Wahrnehmung von Konflikten zwischen Jungen und Alten**

	West			Ost		
	Sehr starke	Ziemlich starke	Eher schwach bis keine	Sehr starke	Ziemlich starke	Eher schwach bis keine
1998	3	23	74	4	23	73
1978	16	48	37			

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978, 1998

Tabelle 3). Entgegen der Annahme eines zunehmenden Bedeutungsverlustes, zeigt sich im Zeitverlauf sogar eine zunehmende subjektive Wertigkeit der Familie. Während 1980 noch 68 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Westdeutschland die Familie als „sehr wichtig“ einstufen, ist bis 1998 ein Anstieg um mehr als 20 Prozent zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern sind ebenfalls seit 1993 bei jüngeren und älteren Befragten Änderungen in die gleiche Richtung zu erkennen. Diese Entwicklung steht der These eines Bedeutungsverlustes der Familie entgegen. Mit der gestiegenen subjektiven Bedeutung dürften sich allerdings auch die Ansprüche an die Ehe erhöht haben, die dann in vielen Fällen der Realität nicht entsprechen. Daraus resultierende Unzufriedenheiten in Partnerschaften könnten auch zur Erklärung der sinkenden Bereitschaft zur Heirat und auch zur Abnahme der Ehestabilität beitragen.

**Weniger Konflikte zwischen Jung und Alt in den alten Bundesländern**

Spannungen und Konflikte in Familien, z.B. zwischen Eltern und Kindern können durchaus weitreichende gesellschaftliche Folgen haben. Vor dem Hintergrund der Verteilungsproblematik von Ressourcen in einer älter werdenden Gesellschaft, wie sie z.B. bei der Finanzierung der Renten zutage tritt, stellt sich auch die Frage, ob in der Bevölkerung Konflikte zwischen älteren und jüngeren Menschen wahrgenommen werden. Noch Ende der sechziger Jahre äußerten sich Konflikte zwischen den Generationen sehr drastisch in verschiedenen Erscheinungsformen der Studentenbewegung. Im Zusammenhang mit der unbewältigten Vergangenheit der Elterngeneration im Nationalsozialismus, wurde die gesamte politische Ordnung in Frage gestellt. Zum Ende der neunziger Jahre zeigt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur schwache oder gar keine Konflikte zwischen den Generationen wahrnimmt (vgl. Tabelle 4). 3 Prozent in Westdeutschland und 4 Prozent in Ostdeutschland gaben an, daß es „sehr starke“ oder „ziemlich starke“ Konflikte zwischen Jungen und Alten gibt. Im Gegensatz zu 1998 war zwanzig Jahre zuvor die Konfliktwahrnehmung in den alten Bundesländern noch erheblich stärker. Fast zwei Drittel der Bevölkerung gaben damals an, daß es „sehr starke“ oder „ziemlich starke“ Konflikte zwischen Jungen und Alten gäbe. Die grundlegende Wahrnehmungsänderung ist über die verschiedenen Altersgruppen hinweg zu beobachten. Dies ist nicht zuletzt ein Ausdruck dafür, daß in den westdeutschen Familien dissonante Einstellungen zwischen Eltern- und Kindergenerationen in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich abgenommen haben.

**Niedriges Zufriedenheitsniveau bei Geschiedenen und getrennt Lebenden**

Der Familie kommt nicht nur in der Einschätzung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu, sie wird auch, wie Ehe und Partnerschaft,

mit einer hohen Zufriedenheit bewertet (vgl. Tabelle 5). Die Zufriedenheit mit der Familie ist bei unverheirateten Partnern, Ehepaaren ohne Kinder und auch bei Ehepaaren mit Kindern über achtzehn Jahren am höchsten. Das weist darauf hin, daß in Erziehungsphasen die Familienzufriedenheit etwas absinkt. In anderen familialen Lebensformen ist die Familienzufriedenheit etwas niedriger. Daneben kann die allgemeine Lebenszufriedenheit als übergreifendes Zufriedenheitsmaß interpretiert werden. Vor allem Männer und Frauen, die geschieden sind oder getrennt vom Partner leben, haben eine niedrige Lebenszufriedenheit mit durchschnittlich 6,6 in Westdeutschland und 6,1 in Ostdeutschland. Bei verwitweten Menschen liegt die Lebenszufriedenheit nur wenig unter dem Gesamtdurchschnitt. Das hängt mit Anpassungsprozessen an die neue Lebenssituation zusammen. Nach dem Tod des Ehepartners, aber auch nach Trennungen, sinkt die Lebenszufriedenheit deutlich ab, steigt aber nach wenigen Jahren wieder an, was zu einem insgesamt eher mittleren Zufriedenheitsniveau führt (vgl. Weick 1997: 306ff). Dennoch leiden verwitwete Menschen häufig unter spezifischen Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens, vor allem an Einsamkeit. Auch bei „Singles“ liegt das Zufriedenheitsniveau unter dem Durchschnitt. Bei ihnen ist die Lebenszufriedenheit sogar niedriger als bei verwitweten Männern und Frauen. Während die Lebenszufriedenheit stärker eine kognitive Bewertung ist, stellt die Frage nach Glück mehr affektive Komponenten in den Vordergrund. Untersucht wird die positive Ausprägung „sehr glücklich“ einer vierstufigen Skala. Auch hier fallen Unterschiede zwischen den Lebensformen auf. Unverheiratet Zusammenlebende geben besonders häufig an, ihr Leben sei im Augenblick sehr glücklich. Bei verwitweten und getrennt lebenden Personen sowie bei Alleinerziehenden sind die Anteile derjenigen, deren Leben sehr glücklich ist, durchweg ge-

**Tabelle 5: Subjektives Wohlbefinden in verschiedenen Lebensformen**

	Zufriedenheit mit dem Familienleben <sup>1</sup>		Zufriedenheit mit der Ehe/ Partnerschaft <sup>1</sup>		Allgemeine Lebenszufriedenheit <sup>1</sup>		Leben im Augenblick sehr glücklich <sup>2</sup>	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø							
Insgesamt	8,5	8,6	8,8	8,9	7,7	7,3	20	16
Alleine ledig	-	-	-	-	7,3	6,6	12	16
Alleine verwitwet	-	-	-	-	7,5	7,2	10	6
Allein getrennt	-	-	-	-	6,6	6,1	11	5
Mit Lebenspartner	8,7	8,4	8,8	8,6	7,7	7,5	27	26
Lebenspartner und Kinder	8,0	8,2	8,3	8,5	7,5	7,0	13	13
Ehepaare ohne Kinder	8,8	8,8	8,8	9,0	8,0	7,6	24	18
Ehepaare mit Kindern unter 5 Jahren	8,4	8,3	9,0	8,4	7,9	7,8	25	25
Ehepaare mit Kindern bis 6-17 Jahre	8,4	8,6	8,7	8,9	7,8	7,3	22	15
Ehepaare mit Kindern über 18 Jahre	8,8	9,0	8,9	9,2	8,1	7,3	18	15
Alleinerziehende	8,0	7,7	-	-	7,2	6,3	6	9
Wohngemeinschaften	8,2	7,8	8,4	8,2	7,5	7,4	26	19
Sonstige	8,2	8,5	8,8	9,2	7,2	7,7	7	31

1 Skala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

2 Anteile "sehr glücklich" auf die Frage: "Ist Ihr Leben im Augenblick sehr glücklich, ziemlich glücklich, ziemlich unglücklich oder sehr unglücklich".

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

ring. Daß hohe Zufriedenheit nicht unbedingt auch großes Lebensglück bedeuten muß, wird besonders bei Ehepaaren mit Kindern über 18 Jahren im Haushalt deutlich. Obwohl sie die höchste Lebenszufriedenheit äußern, liegt der Anteil derjenigen, die sehr glücklich angeben, niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Meist sind hohe Lebenszufriedenheit und Glück aber gleichzeitig anzutreffen. Die zunehmende Bedeutung der Familie in der politischen Diskussion hat ihre Entsprechung auch in einem gestiegenen subjektiven Stellenwert in der Bevölkerung. Neben den wichtigen gesellschaft-

lichen Funktionen, die die Familie erfüllt, bildet sie auch eine Voraussetzung für ein hohes subjektives Wohlbefinden.

Weick, S. (1997): *Querschnitt- und Längsschnittdaten in der Sozialberichterstattung*. In H.-H. Noll (Hrsg.), *Sozialberichterstattung in Deutschland*. Weinheim 1997, S. 294-311.

■ **Stefan Weick, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-245

## Neu auf den Internetseiten der Abteilung Soziale Indikatoren:

### Tagungsprogramm

4th European Conference of Sociology: „Will Europe Work“, Special Stream: „Social Reporting on Europe“  
Convenors: Jonathan Gershuny and Heinz-Herbert Noll  
Amsterdam, August 18-21, 1999

### EuReporting Projekt

Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement

### System Sozialer Indikatoren

Zeitreihen des Systems Sozialer Indikatoren werden für die einzelnen Bereiche sukzessive als PDF-Dateien bereitgestellt

**Internetadresse: <http://www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators/>**

**Herausgeber**

Zentrum für Umfragen, Methoden und  
Analysen (ZUMA) e.V.  
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21/12 46-0  
Telefax 06 21/12 46-100

**Verantwortlich für den Inhalt**

Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion**

Dr. Caroline Kramer

**Satz und Druck**

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30  
67433 Neustadt/Weinstraße

**Gestaltung**

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft  
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-  
einrichtungen (Gesis) e.V.  
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

# Call for Papers: 10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?

## Konferenz der Sektion Sozialindikatoren der DGS Berlin, 21. - 22. Oktober 1999

Es gehört zu den besonderen Herausforderungen für die sozialwissenschaftliche Forschung, den sich seit der Öffnung der Berliner Mauer vollziehenden Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland auf einer zuverlässigen Datenbasis differenziert zu beobachten und zu analysieren. Mit den Instrumentarien der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung werden dazu wichtige Beiträge geleistet. Mit dieser Konferenz setzt die Sektion ihre Veranstaltungsserie zu diesem für die Gesellschaftspolitik zentralen Thema fort. 10 Jahre nach dem Fall der Mauer soll versucht werden, auf der Basis repräsentativer Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung und der amtlichen Statistik eine Bilanz zu ziehen und die Frage zu beantworten, inwieweit es bisher gelungen ist, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu schaffen oder ob mit bleibenden Ungleichheiten zu rechnen ist.

Die Konferenz wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt.

Vortragswünsche in Form eines 1-seitigen Abstracts (bis zum 23. August), sowie Anfragen und Anmeldungen (bis zum 10. Oktober) bitte an:

Dr. Heinz-Herbert Noll (e-mail: [noll@zuma-mannheim.de](mailto:noll@zuma-mannheim.de))  
ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim  
oder  
Dr. Roland Habich (e-mail: [rhbach@medea.wz-berlin.de](mailto:rhbach@medea.wz-berlin.de))  
WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin